



Ausschuss für Schule und Weiterbildung

88. Sitzung (öffentlich)

4. November 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

08:30 Uhr bis 09:50 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Große Brömer (SPD)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkt:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)

3

Drucksache 14/9700

Erläuterungsband zum Einzelplan 05

Vorlage 14/2806

Beantwortung der Fragen der Fraktionen

Vorlagen 14/2930 und 14/2931

Einzelplan 05: Ministerium für Schule und Weiterbildung

Der Ausschuss diskutiert mit den Vertretern der Landesregierung über verschiedene Fragestellungen.

Aus der Diskussion

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)**

Drucksache 14/9700

Erläuterungsband zum Einzelplan 05
Vorlage 14/2806

Beantwortung der Fragen der Fraktionen
Vorlagen 14/2930 und 14/2931

Einzelplan 05: Ministerium für Schule und Weiterbildung

Vorsitzender Wolfgang Große Brömer macht darauf aufmerksam, dass der dritte Beratungsgang am 11.11.2009, 10:30 Uhr, stattfinden werde. Die Anträge der Fraktionen zum Einzelplan 05 sollten bis zum 10.11.2009, 13 Uhr, im Ausschussekretariat eingegangen sein.

Ute Schäfer (SPD) bedankt sich für die Beantwortung der Fragen. Sie habe den Eindruck, dass die Landesregierung zunehmend an Glaubwürdigkeit in der bundespolitischen Landschaft verliere, was auch die Aussagen in der Presse deutlich machten. Sie komme zunächst zu dem Thema Ganzttag, zu dem ihre Fraktion mehrere Fragen gestellt habe. Sie lese die Pressemeldungen des Ministeriums sehr genau. Die Ministerin habe gesagt, dass bei Regierungsübernahme 71.000 Ganztagsplätze zur Verfügung gestanden hätten. Jetzt habe man angeblich weit über 300.000 Plätze geschaffen.

Sie erinnere daran, dass zuzeiten von Rot-Grün das Programm für 200.000 Ganztagsplätze in den Grundschulen eingerichtet worden sei, was die neue Landesregierung dankenswerterweise fortgesetzt habe. Darin seien die 71.000 Plätze begründet. Verschwiegen werde aber, dass es viele Förderschulen und Hauptschulen, zugegebenermaßen wenige Gymnasien und Realschulen und 200 Gesamtschulen gegeben habe, die allesamt im Ganztagsbetrieb gelaufen seien. In toto habe die neue Landesregierung 367.000 Ganztagsplätze übernommen, die im Lande vorhanden gewesen seien. Das müsse sie herausstellen, damit kein falsches Bild entstehe.

Nachdem die Landesregierung die frühere Initiative für die Grundschulen fortgesetzt habe, sei eine Qualitätsoffensive zur Hauptschule gestartet worden. Angesichts der zurückgehenden Schülerzahlen sei die Qualitätsoffensive gescheitert. Das belege auch der neueste statistische Bericht, der seit zwei oder drei Tagen auf dem Tisch liege. Der Ganzttag an Gymnasien sei mehr oder weniger aus Not eingeführt worden, weil man mit der G 8 eine Situation für die Kommunen geschaffen habe, die für sie unerträglich sei. Die Kommunen seien empört darüber gewesen, was sie alles leisten

sollten, aber finanziell nicht leisten könnten. Der Ganztags an den Gymnasien sei aus der Not geboren und durch die Hintertür eingeführt worden.

Der Ganztags an den Gesamtschulen sei gestoppt worden. Diese Schulform habe nachweislich sehr erfolgreich gearbeitet. Neue Ganztagsschulen dürften nicht mehr im Ganztags laufen. Das sei eine irrationale Maßnahme. Diese Beispiele machten deutlich, dass die Landesregierung im Bereich Ganztags keine klare Linie fahre und keine Perspektiven für die jungen Menschen aufzeige.

In Vorlage 14/2930 werde auf die Frage 3 – Leistungen der Kommunen, die zum Gelingen des Ganztags in den Schulen beigetragen hätten – nebulös geantwortet, dass die Kommunen mitarbeiten würden. Sie hätte aber gerne ein paar Zahlen bekommen, denn die 100 Millionen €, die an die Gymnasien gingen, müssten die Kommunen zu 100 % aufstocken. Die gleiche Summe gehe sicher auch noch einmal in den Ganztags an den Grundschulen. Das hätte man würdigen sollen. Der Städtetag habe deutlich gemacht, dass es große Empörung darüber gebe, wie die Landesregierung mit dem Ganztags umgehe. Bei dem mittlerweile so komplexen Thema werde mit Erlassen und Verordnungen gearbeitet. Der Städtetag wünsche sich eine Gesetzesänderung. Das habe auch mit Konnexität zu tun, vor allem mit Geld für die Städte und Gemeinden. Das alles werde ausgeblendet.

Bei der Beantwortung der Fragen zum Haushalt werde auch deutlich, dass knapp 1.179 Stellen im Bereich der Schulleitungen nicht besetzt seien. Das Problem sei unverändert. Die Tatsache, dass man eine Schulleiterqualifizierung mache, verenge den Flaschenhals eher und trage nicht zur Lösung dieses Problems bei. Sie würde sich wünschen, dass die Landesregierung aufzeige, wie sie die Zeiten verkürzen wolle, um die Nachbesetzung von Schulleitungsstellen zu regeln. Bei 34 % der Grundschulen dauere es zwölf Monate oder länger, bis eine Schulleitungsstelle wieder besetzt sei.

In der Antwort der Landesregierung zu den Demografiegewinnen würden die Demografiegewinne in toto bis zum Jahre 2010 und 2011 mit 8.810 beziffert – vgl. Seite 9, Vorlage 14/2930. Bis zu diesem Zeitpunkt sollten 7.874 zusätzliche Planstellen geschaffen werden. Wenn sie das addiere, komme sie auf 16.684 Stellen. In der Vorlage aus dem letzten Jahr sei für die Jahre 2010, 2011 von 19.000 Stellen die Rede gewesen. Das sei eine Differenz von 3.000 Stellen. All das trage zur Verwirrung bei. Das habe mit dem zunehmenden Glaubwürdigkeitsproblem zu tun.

Was die Anzahl der Klassen mit 30 und mehr Schülern angehe - vgl. Tabelle in Vorlage 14/2930, S. 14 -, so komme sie auf 14.513 Klassen, die 30 und mehr Schüler hätten. Nach Beantwortung der Kleinen Anfrage habe sie ermittelt, dass es insgesamt 11.800 Klassen gewesen seien, die 30 und mehr Schüler aufwiesen. Das mache wiederum eine Differenz von 3.000 Klassen aus. Das finde sie merkwürdig.

In der Tabelle werde ersichtlich, dass in der Realschule, der Gesamtschule und am Gymnasium jeder dritte Schüler in einer Klasse mit 30 und mehr Schülerinnen und Schülern sitze. Diese Zahl sei erstaunlich. Dann werde angekündigt, dass man die Klassen verkleinern wolle. Das sei eigentlich ein Wahlversprechen aus der Zeit vor 2005 gewesen. Jetzt habe man fast 2010, da sei nichts passiert, außer dass man

jetzt 14.000 Klassen mit mehr als 30 Schülerinnen und Schülern habe. Das halte sie für unglaublich. Es würden immer nur Verbesserungen angekündigt, in der Realität passiere aber nichts.

Minister Laschet habe gefordert, dass Hauptschullehrer besser bezahlt werden müssten. Sie sehe aber keinerlei Bemühungen in diese Richtung. Die Ministerin habe in Köln gesagt, dass es mehr gemeinsamen Unterricht geben solle. Die Zahl der Lehrer an Förderschulen sei mit 25 plus ausgewiesen. Das passe aber nicht zu den Erwartungen, die die Ministerin mit ihrer Äußerung geweckt habe. Jemand, der das System kenne, wisse genau, dass man solche Dinge nicht locker versprechen könne. Man müsse sich genau überlegen, in welche Richtung man das System weiterentwickle. Die Ministerin habe ja die Wahlfreiheit versprochen. Dann müsse man darüber diskutieren, wie man das finanziell schaffen wolle.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) hält fest, in diesem Schuljahr habe man 4,5 % weniger Schülerinnen und Schüler als im Jahre 2005. Das seien 122.000 Schülerinnen und Schüler. Der Präsentation zum Haushalt könne man entnehmen, dass die Landesregierung mit dem Haushalt bis zum Jahre 2010 7.874 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen haben werde. Hinzu kämen die 8.800 Demografiegewinne, was eine beeindruckende Zahl sei. Bei einem realen Rückgang der Schülerzahl von 4,5 % wüsste sie gerne, wie sich der reale Anstieg der Lehrerstellen prozentual darstelle.

Angesichts des ansehnlichen Stellenaufwuchses der letzten Jahre frage sie, für welche Schulformen die Stellen eingesetzt würden.

Frau Schäfer habe mit Blick auf den Ganzttag darauf hingewiesen, wie viele Ganztagsplätze angeblich unter Rot-Grün bereits geschaffen worden seien. Die Zahlen habe sie nicht parat, frage aber, ob diese Landesregierung nicht erstmals originäre Landesmittel für die Investitionen im Ganzttag zur Verfügung gestellt habe. Sie könne sich nicht daran erinnern, dass das in der Landespolitik zuvor schon einmal der Fall gewesen wäre. Sie könne sich an die knapp 1 Milliarde € erinnern, die damals vom Bund für die offenen Ganzttagsschulen zur Verfügung gestellt worden sei. Originäre investive Mittel habe es hier im Land nicht gegeben. Für die Ganzttagsoffensive seien 175 Millionen € zur Verfügung gestellt worden, der größte Teil für investive Maßnahmen, nämlich die 100 Millionen €. Sie bitte die Landesregierung, das noch einmal darzulegen.

Frau Schäfer habe das Thema Lehrerbezahlung angesprochen. Sie wüsste gerne, wann die schwarz-gelbe Landesregierung die 18-monatige Beförderungssperre aufgehoben habe. Schulleitungen im Dienst seien sofort mit der höheren Besoldung ausgestattet worden. Unter Rot-Grün hätten sie 18 Monate arbeiten müssen, um dann erst befördert werden zu können.

Sigrid Beer (GRÜNE) verweist darauf, dass in Vorlage 14/2931 in der Antwort auf die Frage nach den Berufsaustritten auf das Berichterstattergespräch zum Haushaltsentwurf 2010 verwiesen werde - vgl. Vorlage 14/2865. In Anlage 3 gebe es eine Tabelle über die Berufsaustritte in Lehrerstellen in den Jahren 2005 bis 2008. In Anlage 4 würden die Zahlen über die Einstellungen in den Schuldienst aufgelistet.

Wenn sie von den Einstellungen die Berufsaustritte abziehe, dann komme sie lediglich auf 3.754 Stellen. Dazu kämen noch die kapitalisierten Stellen. Das passe nicht mit den Zahlen zusammen, die ansonsten vorgelegt würden. Sie bitte um Erläuterung.

Auf die Frage, ob die Verwendung zusätzlicher Stellenanteile (zum Beispiel für Sprachförderung oder Integration) zur Erfüllung des Grundbedarfs möglich sei, werde lapidar geantwortet, dass man davon ausgehe, dass die Stellen zweckentsprechend verwendet würden. Sie frage, ob das Ministerium nicht über den Briefwechsel zwischen der Ministerin und der Regierungspräsidentin, Frau Thomann-Stahl, informiert sei, in dem deutlich werde, dass im Rahmen des Grundschulkapitels diese zusätzlichen Stellen aufgewendet werden müssten, um den Grundbedarf sicherzustellen.

An den Staatssekretär gewandt, fährt Frau Beer fort, sie halte es für notwendig, die Informationskanäle im Haus zu optimieren. An bestimmten Stellen werde das vorgetragen. Frau Thomann-Stahl bitte, entsprechend zu öffnen, damit die Grundstellen im Grundschulbereich überhaupt gesichert würden, vor allem weil ansonsten die kleinen Grundschulstandorte nicht versorgt werden könnten.

Auch sei nach den Mehraufwendungen für den Erhalt kleiner Grundschulstandorte und Hauptschulstandorte gefragt worden. Das Ministerium sei nicht in der Lage gewesen, die Stellenzahl zu beziffern. Sie frage, ob man das nicht berechnen könne. Die Aussage, dass das irgendwie passe, reiche nicht.

Was die Bemessung der Stellen in gemeinsamen Unterricht angehe, so würden 25 Stellen ausgebracht. Die Ministerin spreche mittlerweile vom Ziel der Inklusion. Da sei die Zahl sicherlich nicht ausreichend bemessen. Sie frage, ob da nachgebessert werden solle. Ansonsten wären die Aussagen der Ministerin in Köln in der letzten Woche nicht nachzuvollziehen. Sie habe zumindest das Ziel formuliert, die Elternentscheidung zu öffnen. Das bilde sich an keiner Stelle hier ab.

Sehr unzufrieden sei sie mit der Antwort auf die Frage nach dem pauschalen Ausgleich der BDU-Stellen. Die Schulen klagten erheblich darüber, dass die Nachsteuerung nicht gelinge und dass sie aufgrund der pauschalen Anrechnung mit eigenen Mitteln zurechtkommen müssten.

Zu den Schulverwaltungsassistenten: Es sei interessant, in welcher Verwendungsbreite die Menschen eingesetzt würden, zum Teil zur Unterstützung von schulischen Veranstaltungen und Projekten. Sie frage, ob das Unterrichtseinsatz sei, ob das die Lehrerstellen ergänze. Andere würden nur schulinterne und amtliche Statistiken erstellen. Da stelle sich die Frage der Anrechnung.

In der Antwort auf die Frage nach den Schulpsychologen/-innen würden keine konkreten Zahlen genannt. Es sei spekulativ, wie viele in den kommenden Jahren eingestellt werden könnten. Das Ministerium habe aber die Zielperspektive von 1.000 Schulpsychologen/-innen genannt.

Bezüglich der Personalkosten werde in der Vorlage über das Berichterstattegespräch eine Übersicht - vgl. Vorlage 14/2865, Anlage 7 - vorgelegt. Sie sehe nicht,

wie man mit dem pauschalen Betrag von 50.000 € pro Lehrerstelle zu Rande kommen wolle.

Klaus Kaiser (CDU) erklärt, es amüsiere ihn, wenn Frau Schäfer von Glaubwürdigkeit spreche. Wer selber als Ministerin 16.000 Stellen kw-gestellt habe und damit einen Personalabbau in die mittelfristige Finanzplanung eingestellt habe, sollte hier besser nicht den großen Aufschlag machen. Die Aufregung sei natürlich verständlich. Wenn er bei Umfragen immer bei 20 % liege und in wenigen Monaten die Landtagswahl anstehe, dann würde er auch sehr nervös. Ein Fehler sei es gewesen, dass man früher gar nicht erkannt habe, dass es einen Mehrbedarf an Stellen gegeben habe. Die frühere Landesregierung habe falsch gerechnet. Damals habe sie jede Glaubwürdigkeit verloren. Das werde sich bis zum 9. Mai 2010 auch nicht ändern.

Wer die Hauptschuloffensive rein quantitativ messe, zeige, dass er schulpolitisch falsch aufgestellt sei. Den Erfolg der Hauptschuloffensive werde man daran messen müssen, was sich in den Schulen getan habe, was sich für die Schülerinnen und Schüler geändert habe. Der Schülerrückgang betreffe das ganze Land, natürlich auch die Hauptschulen. In der Schulpolitik sollte es aber um Qualität gehen. Den eigenen Schulversuch „Selbstständige Schule“ habe Frau Schäfer nicht richtig verstanden. Er sei auch eher von den Grünen initiiert worden.

Die CDU sei die Kommunal-Partei, das hätten die Kommunalwahlen am 30. August mit den klaren Mehrheitsverhältnissen deutlich gemacht. Die Kommunen äußerten Sorgen bezüglich der Bildungspauschale. Es werde gefragt, ob die Bildungspauschale verlässlich sei. Er bitte die Ministerin, dazu Stellung zu nehmen.

Die **Ministerin für Schule und Weiterbildung, Barbara Sommer**, führt aus, sie habe sich über die inhaltlichen Fragen der Opposition gefreut. Die Fragen seien umfänglich beantwortet worden. In dieser Runde müssten die Nachfragen beantwortet werden.

Frau Schäfer habe einige Punkte benannt: Die Ganztagsoffensive im Grundschulbereich sei natürlich eine Idee der Vorgängerregierung gewesen. Das habe aber nichts damit zu tun, wie massiv und umfänglich der Ausbau jetzt vorangeschritten sei. Im Augenblick sei man in einer bildungspolitischen Entwicklung, die einer stillen Revolution gleiche. Man verabschiede sich vom Halbtage. Alle anderen Länder würden nachziehen. Die Halbtagesschule habe Hunderte von Jahren Tradition. Man verabschiede sich davon und gehe in den Ganztage. Bei den bildungspolitischen Entscheidungen sei zunächst die Hauptschule in den Blick genommen worden. Der Hauptschule würden über die Offensive Freiheiten gewährt, die wirken müssten. Sie schiele nicht jeden Tag auf die Entwicklung der Hauptschulzahlen. Das, was man an Freiheit und Verantwortung in die Schulen gebe, werde sich setzen. Das komme auch dort an, wo es ankommen müsse, nämlich beim einzelnen Schüler, bei der einzelnen Schülerin.

Der Ganztage solle bedarfsgerecht ausgebaut werden. Bedarfsgerecht heiße, man müsse das Ohr an der Basis haben und müsse fragen, ob der Ganztage an einer Stelle gewünscht sei. Die Wahlmöglichkeit sollte weiter bestehen. An dieser Stelle zögen

auch die Kommunen mit. Sie lasse den Vorwurf nicht im Raume stehen, dass man den Anteil der Kommunen nicht würdigen würde. Der Anteil der Kommunen werde sehr wohl gewürdigt. Bei allen kritischen Auseinandersetzungen habe man ein ordentliches Verhältnis zu den kommunalen Spitzenträgern.

Zur Stellenbesetzung der Schulleitungen: Das sei kein neues Thema. Man müsse das neue Instrument erst einmal wirken lassen. Es gebe sehr viel positive Signale von der Vorqualifizierung. Sie hoffe, dass man aus dem Qualifizierungspool schneller besetzen könne als bisher. Man müsse überlegen, wie man Schulleiterpositionen attraktiver machen könne. Sie sei der Überzeugung, dass das nicht nur über Geld gehe. Gestern habe es eine interessante Auseinandersetzung mit der Zukunftskommission gegeben. Es müsse nach anderen Möglichkeiten gesucht werden, diese Position attraktiv zu machen. Sie sei für jeden Ratschlag empfänglich, der in diese Richtung gehe.

Zu dem Bereich Demografie werde Herr Knevels Stellung nehmen. Frau Schäfer habe von 16.600 und von 19.000 gesprochen.

Zu der Thematik große Klassen: Das Problem könne man nicht dadurch angehen, dass man einen Schüler, eine Schülerin aus der Klasse wegnehme. Man müsse die Spitze angehen. Die vielen großen Klassen, die es gegeben habe, müsse man reduzieren. Da könne man eine gute Bilanz vorweisen. Die Zahlen sprächen für sich. Da stehe man ordentlich da. An manchen Stellen gebe es noch große Klassen. Natürlich bedrücke sie die Situation in den Realschulen, insbesondere in den Gymnasien, wenn man die Prozentzahlen ausrechne. Die Reduzierung der großen Klassen sei eine Herausforderung, der sie sich stelle. Man werde einen Plan vorlegen, wie es zu einer Verkleinerung der Klassen kommen könne. Zunächst einmal müsse man überlegen, wie man es schaffen könne, dass noch weniger große Klassen im Lande bestünden. Das sei eine pädagogische Herausforderung.

Über die sonderpädagogische Förderung könne man inhaltlich intensiv diskutieren. Sie gehe angesichts der Beratungen über den Haushalt davon aus, dass man jetzt keine inhaltlichen Angaben machen sollte. Die Weichen seien aber durch die UN-Charta gestellt. Man habe Aufträge, die erfüllt werden müssten. Man werde zu einer Entwicklung in diesem Bereich kommen. Das Land werde das finanziell unterstützen.

Frau Schäfer habe von Verwirrung und fehlender Glaubwürdigkeit gesprochen. Bei aller kritischen Auseinandersetzung zähle das, was unterm Strich sei. Der Wähler sei ein flüchtiges Gut. Zum jetzigen müsse sie sich um die Glaubwürdigkeit ihrer Bildungspolitik keine Sorgen machen.

An Frau Pieper-von Heiden gewandt, fährt die Ministerin fort, die Beförderungssperre sei im Frühjahr oder Sommer 2008 aufgehoben worden. Das sei sicher eine gute Lösung gewesen. Frau Pieper-von Heiden habe auf den Stellenaufwuchs im Haushalt verwiesen. Sie bitte den Staatssekretär, die Zahlen gleich vorzutragen.

Bei den 4.000 Stellen handele es sich um Stellen, die insbesondere für die individuelle Förderung, aber auch für den Unterricht vorgesehen gewesen seien, der vorher ausgefallen sei. Nur dann sei Schule gut, wenn wirklich guter Unterricht stattfinde. Die Halbierung des Unterrichtsausfalls sei schon ein wirklicher Erfolg.

Viele Stellenanteile seien auch in den Ganzttag hineingeflossen. Das sei pädagogisches Ziel, auch für die Zukunft. Neben all den Maßnahmen, die die Schulen verbessern sollten, sei die individuelle Förderung das Stichwort, das die Landesregierung stets bewegt habe. Es gehe um die individuelle Förderung des einzelnen Schülers, keiner gehe verloren.

Frau Beer habe gefragt, wie man kleine Standorte im Hauptschul- bzw. im Grundschulbereich unterstützen wolle. Die Kooperation zwischen den Grundschulen im Sinne von Verbünden, aber auch im Hauptschulbereich funktioniere inzwischen sehr gut. Gerade der Austausch bei kleinen Hauptschulen funktioniere sehr gut. Es gehe eher um eine inhaltliche Auseinandersetzung als um eine Auseinandersetzung, die man über Personal betreiben müsse. Das sei das, was sie an den Hauptschulen wahrnehme, wenn sie sich dort informiere.

Zum gemeinsamen Unterricht: Auch da werde ein Aufwuchs passieren. Man sei nicht annähernd an der Marke, die vorgesehen sei. 25 Stellen würden neu etatisiert.

Zu den Verwaltungsassistenten: Sie würden eine ganze Bandbreite von Aufgaben übernehmen. Wenn eine Schule sich einem Berufsfeld stelle und dies auch selber bezahle, könne sie die Leitlinien über den Einsatz festlegen. Sie denke, man sollte sich nicht einmischen, wie dieser Einsatz geregelt werde. Vor nicht langer Zeit habe sie die Schulverwaltungsassistenten befragen lassen. Es handele sich um eine Win-win-Situation für die Schulen und für die Verwaltungsassistenten. Auch da dürfe man die Verantwortung vor Ort nicht einschränken.

Die 1.000 Schulpsychologen habe sie in einem Interview beziffert. Sie glaube, dass man ein zweites Standbein für die Schulpsychologie brauche, wenn Schulen das wollten. Wenn sich beispielsweise drei Schulen zusammenfänden, um einen Schulpsychologen zu engagieren, könne man ähnlich verfahren wie bei den Sozialpädagogen. 80 Sozialpädagogen seien untergebracht worden. Die Eigenverantwortung und die Freiwilligkeit stünden ganz oben. Den Bedarf werde man dann ermitteln, wenn man mit allen Gespräche geführt habe. Vor Ort müsse ermittelt werden, ob die Schulen das wollten. Mit den Lehrerverbänden seien erste Gespräche geführt worden. Wenn man eine solche Maßnahme inhaltlich füllen wolle, sei es vorab Bedingung, dass man miteinander darüber spreche.

Die Schul- und Bildungspauschale werde sicher nicht eingeschränkt. Sie sei ein wichtiges Steuerungsinstrument im kommunalen Bereich. Sie habe eben schon darauf hingewiesen, wie wichtig der kommunale Partner sei. Man könne kritisch miteinander umgehen. An der Stelle werde nicht gerüttelt.

Leitender Ministerialrat Willi Knevels (Ministerium für Schule und Weiterbildung) kommt zunächst auf die Fragen von Frau Beer zu sprechen, die sich unter anderem auf das Berichterstattergespräch über den Einzelplan 05 bezogen hätten. Was die Zahl der Berufsaustritte und die Zahl der Einstellungen angehe, so interpretiere er die Aussage von Frau Beer, dass sie sage, dass da mehr Stellen frei sein müssten als offiziell gesagt werde. Nach dem Einstellungsverfahren zu Beginn des Schuljahres werde man bis zum Ende dieses Schulhalbjahres, bis zum 31.01.2010,

ein Ergebnis von etwa 800 offenen Stellen aus dem Lehrereinstellungsverfahren haben.

Inzwischen liege die Antwort auf eine kleine Anfrage von Sören Link (SPD) vor „Lehrerversorgung in NRW weitgehend zufriedenstellend?“ - Drucksache 14/10043. Danach sei die Zahl sogar noch unterschritten worden. Nach Gesprächen, die er mit Kollegen aus der oberen Schulaufsicht geführt habe, habe er den Eindruck, dass das System sehr gut besetzt sei, besser, als er gedacht habe.

Unter den Zahlen stünden im Übrigen auch Fußnoten. Man müsse gucken, wie es mit Kapitalisierungen aussehe. Man müsse gucken, wie sich Teilzeit und Beurlaubungsverhalten entwickelten. Aus den Zahlen die Zahl der offenen Stellen abzuleiten, wäre fachlich nicht richtig.

Frau Beer beziehe sich auf einen Brief von Frau Thomann-Stahl. Er kenne nicht alle Briefe von Frau Thomann-Stahl, nur einen aus dem letzten Jahr. Im letzten Jahr habe man ein Beratungsgespräch in der Bezirksregierung Detmold durchgeführt, weil der Brief Wertungen enthalten habe, die fachlich nicht zutreffend gewesen seien. Es sei nicht so, dass Integrationsstellen oder Stellen für Sprachförderung für den Grundbedarf eingesetzt werden müssten. Die Stellen würden gezielt für Projekte eingesetzt. Wenn das Schulaufsichtsbehörden gemacht haben sollten, sei das nicht in Ordnung.

In dem Fragenkatalog sei gefragt worden, ob für die kleinen Klassen in der Grundschule und Hauptschule die Lehrerstellen zur Verfügung stünden. In der Grund- und Hauptschule betrage die Bedarfsdeckungsquote 106 %. Man könne alles klein rechnen. Im Ergebnis sei die Stellenausstattung allerdings massiv besser geworden.

Seit Jahren werde über die Frage diskutiert, wie viele Stellen es mehr gebe. Die vom Ministerium genannte Stellenzahl werde sehr differenziert aufgelistet – siehe Seite 24 des Erläuterungsbandes. Da würden die zusätzliche Stellenzahl sowie die Demografiegewinne genannt. Selbst die GEW würde anerkennen, dass es diese Stellen gebe. Frau Schäfer habe die Demografie hinterfragt. Sie zitiere einen Artikel von Frau Clermont in der „Neuen deutschen Schule“ aus dem letzten Jahr. Die Bewertung von Frau Clermont sei falsch.

(Ute Schäfer [SPD]: Ich habe nur die Zahlen aus der Vorlage des letzten Jahres mit der diesen Jahres verglichen. Da klafft eine Lücke von 3.000 Stellen.)

– Man könne die Additionen so nicht nebeneinander stellen. Die Demografiegewinne würden im Erläuterungsband aufgeschlüsselt. Bei der Frage, wie die Maßnahmen finanziert seien, führe die Addition dazu, dass man den Eindruck haben könnte, man hätte sich mehr Maßnahmen geleistet, als man aus Demografiegewinnen oder aus Nettomehrstellen habe. Einige Finanzierungsquellen seien in den Übersichten nicht enthalten. Bei den dreieinhalbjährigen Bildungsgängen im Berufskolleg seien die Standards aufgrund eines Monitums des Landesrechnungshofs nach unten geführt worden. Diese Finanzierungsquelle sei bei der Addition der 19.000 Stellen nicht enthalten. Man habe zum Beispiel auch die 440 Stellen bereits im Sommer 2005 für den offenen Ganztag vorgesehen, was die alte Landesregierung mitgebracht habe. Das

sei auch in der Finanzierung nicht enthalten. Insofern müsse man alle Maßnahmen hinzurechnen. Dann komme man zu dem Ergebnis, dass die Finanzierung komplett durchgerechnet sei. Man habe auch Standards abgesenkt. Die Zahl der Fachberater in der Schulaufsicht sei reduziert worden. Die Stellen seien zur Bedarfsdeckung ins System gegeben worden. Man habe auch einen Teil der Moderatorenstellen für den Unterricht zur Verfügung gestellt. Wenn man diese Zahlen dazu zähle, komme man auf die genannte Zahl, und stelle fest, dass das, was Frau Clermont genannt habe, im Ergebnis finanziert sei. Im Prinzip müsse auch nicht auf Integrationsstellen für den Grundbedarf zurückgegriffen werden.

Der gemeinsame Unterricht in der Sekundarstufe I sei angesprochen worden. Bei den integrativen Lerngruppen würden im Jahre 2010 noch einmal 25 Stellen hinzukommen. 40 Stellen seien aus Vorgriffsstellen in die integrativen Lerngruppen gegeben worden. Insgesamt gebe es inzwischen 295 Stellen, die für dieses System zur Verfügung stünden. Man habe einmal mit 100 angefangen. Es gebe ein Regelwerk vom Mai 2005. Darin stehe, eine integrative Lerngruppe S I solle in der Regel fünf Schülerinnen und Schüler umfassen. Es gebe etliche integrative Lerngruppen, die aus deutlich weniger Schülerinnen und Schülern bestünden. Bei den Zählungen, die stattfänden, würden zum Teil auch Schülerinnen und Schüler mitgezählt, die zielgleich lernen würden. Er sei sicher, dass das, was man zusätzlich ins System gebe – wenn man gucke, was die Schulen ansonsten an Ressourcen habe –, reiche, wenn man zielgenau steuere.

Er erinnere sich an die Diskussion, als der Zuschlag von 0,1 eingeführt worden sei. Man habe dies durch eine Deckelung im System der sonderpädagogischen Förderung finanzieren wollen. Der Begriff Ressourcencontrolling sei aufgekommen. Man sei davon ausgegangen, dass der Bedarf im Bereich der sonderpädagogischen Förderung massiv zurückgehen würde. Man habe mit den Stellen den Zuschlag bei den integrativen Lerngruppen S I finanzieren wollen. Diese Hoffnung sei nicht in Erfüllung gegangen. Das Gegenteil sei eingetreten. Es gebe einen massiven Zusatzbedarf im Bereich sonderpädagogische Förderung.

Insofern habe man diese Finanzierungsquelle nicht in Anspruch nehmen können. Bei den 100 Stellen habe es sich im Übrigen um Vorgriffsstellen gehandelt. Sie alle seien auch nicht dauerhaft finanziert gewesen. Ab 2010 habe man 295 Stellen, die dauerhaft im System abgesichert seien. Für den Bereich der integrativen Lerngruppen S I sei eine relativ gute Ressourcenausstattung vorhanden.

Zum BDU: Unter der alten Landesregierung habe er als Mitarbeiter des Ministeriums zu denjenigen gehört, die dieses System mit entwickelt hätten. Das sei seinerzeit massiv kritisiert worden. Es sei gefragt worden, ob man den jungen Menschen zumuten könne, einen verantwortlichen Unterricht zu geben. Inzwischen seien alle der Auffassung, dass es sogar hilfreich sei, wenn jemand, der eine Hochschulprüfung abgelegt habe, ein halbes Jahr im Seminar sei und jetzt in die Schule komme, eigenverantwortlichen Unterricht durchführe. Es handele sich um bedarfsdeckenden Unterricht. Im Umfang des erwarteten BDU werde auch der Bedarf der Schule abgesetzt. Seit Einführung des Systems stelle sich die Frage, ob die Lehramtsanwärter al-

le kämen. Sie kämen nicht in dem Umfang an die Schulen, wie der BDU abgerechnet worden sei.

Herr Groth habe gefragt, ob man den Ausgleich dafür schaffe. Der Ausgleich werde geschaffen. Eine Schule, für die BDU für zwei Lehramtsanwärter angerechnet werde, an die aber kein Lehramtsanwärter komme, bekomme keinen Ausgleich. Es handele sich um eine Schule, die massiv überbesetzt sei. Insofern müsse genau hingeguckt werden, ob eine Schule, wenn der BDU-Bedarf abgesetzt worden sei, wenn die Lehramtsanwärter in der Schule nicht anträten, real einen Stellenausgleichsbedarf habe. Viele Schulen hätten gar keinen Bedarf.

Dieses System sei nicht neu. Insgesamt seien 2.200 Lehrerstellen über BDU finanziert worden. Es gebe im Haushalt keine Stelle, an der man diese 2.200 Stellen als Reserve habe. Es gebe eine neue Regelung: Wenn die Lehramtsanwärter nicht in dem Umfang ankämen, wie gedacht, spare man Geld. Bis zu 4 Millionen € dürfe man mitnehmen und diese Mittel für den Ansatz „Geld statt Stellen“ verwenden.

Zu den Schulverwaltungsassistenten habe die Ministerin schon die Antwort gegeben. Bisher habe er kein Projekt in den Schulen erlebt, das allseits so begrüßt worden sei, und zwar auch von den betroffenen Schulleitungen. Er habe an mehreren Veranstaltungen teilgenommen. Das sei hoch akzeptiert. Es werde gesagt, dass eine Aufgabenbeschreibung gemacht werden müsste, vielleicht sogar eine Festlegung von Tarifgruppen, was sie machen sollten. Das System sei über PEM - Personaleinsatzmanagement - entstanden. Dabei gehe es u.a. um einen angemessenen beruflichen Einsatz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung, die am alten Arbeitsplatz nicht mehr benötigt würden. Er finde es gut, dass die Schulen die Talente so nutzten, wie sie ankämen. Zum Teil säßen da Amtsräte, zum Teil IT-Fachleute, die die Homepage der Schule gestalteten. Andere hätten andere Talente. Alle seien zufrieden. Es sei für die Schulen ein Gewinn, selbst wenn die Schulen ein Drittel über die Anrechnungsstunden finanzieren müssten. Für die Schule sei das unterm Strich ein Gewinn. Alle müssten das wollen, die Schule und der Schulverwaltungsassistent.

Zu den 50.000 €: Das sei ein fixer Betrag, der zur Grundlage genommen werde, um zu kalkulieren. Es gehe um die Frage, was ein Lehrer koste. Viele seien preiswerter. Dadurch, dass man seit 2005 knapp 31.000 junge Lehrerinnen und Lehrer eingestellt habe, werde es von den Personalkosten her etwas günstiger. Diejenigen, die in den hohen Dienstaltersstufen seien, gingen, und die Jungen, noch nicht ganz so gut Verdienenden, kämen hinzu. Er sei sicher, dass die 50.000 € ausreichten. Hinsichtlich der Frage, ob das Budget ausreiche, verspreche er, dass kein Lehrer in Nordrhein-Westfalen mit dem Hinweis vor der Türe stehen bleibe, man habe kein Geld. Im Jahre 2008 seien vom Personalausgabenbudget 58 Millionen € übrig geblieben. Er habe nicht die Sorge, dass das Budget zu knapp sei.

Staatssekretär Günter Winands (Ministerium für Schule und Weiterbildung) kommt auf die Frage von Frau Pieper-von Heiden zurück, wie viele Schüler weniger und wie viele Lehrer mehr es im System gebe. Im Schuljahr 2005/2006 habe man mit 2.694.794 Schülerinnen und Schülern gestartet. Im Schuljahr 2010 werde man nach den amtlichen Schätzungen bei 2.530.800 Schülerinnen und Schülern liegen, das

seien 163.994 weniger, also gut 164.000. Er spreche bewusst vom öffentlichen Schulsystem. Das sei eine Veränderung von minus 6,1 % der Schülerschaft in diesen fünf Jahren.

Im öffentlichen Schulsystem seien 7.544 Lehrerstellen dazu gekommen, wenn man den Ersatzschulbereich hinzurechne, seien es 7.874 Lehrerstellen. Das sei ein Plus von 5,2 %. Wenn man die minus 6,1 % Schüler und die 5,2 % mehr Lehrer zusammenrechne, ergebe das eine Verbesserung um 10,7 %. Das mache eine Schüler-Stellen-Relation von 18,6 auf 16,6 aus.

Frau Schäfer habe das Schreiben des Städtetages bezüglich der Erlassregelung im Ganztagsbereich aufgegriffen. Das sei nicht im Gesetz geregelt. Der Ganzttag werde im Schulgesetz in § 9 erwähnt. Es gebe sehr wohl eine Ermächtigungsgrundlage. Ansonsten hätte Frau Schäfer auch damals etwas gemacht, was nicht in Ordnung gewesen wäre. Denn die Erlasse zur offenen Ganztagsgrundschule seien nur überarbeitet worden. Der Erlass zur offenen Ganztagsgrundschule komme aus der Zeit, als Frau Schäfer noch Ministerin gewesen sei. Wenn der Städtetag Recht hätte, würde dies auch auf Frau Schäfer zurückfallen. Wenn sie der Auffassung sei, man müsse dafür ein Gesetz machen, hätte Frau Schäfer das früher auch machen müssen. Der Ganzttag für die Gesamtschulen seit eh und je im Erlass geregelt, nicht per Gesetz. Der Ganzttag stehe als Grundnorm in § 9 des Schulgesetzes, aber die Ausbuchstabierung sei in Nordrhein-Westfalen seit eh und je im Erlasswege geregelt.

Es gehe nicht nur um den Ausbau von 71.000 auf 203.000 Plätze. Das Konzept des offenen Ganztags sei unter der neuen Landesregierung fundamental in zwei Punkten verändert worden. Frau Schäfer habe damals vorgehabt, keine Betreuungseinrichtungen über Mittag mehr zuzulassen. Der Ansatz habe geheißen, offener Ganzttag, ja oder nein. Die neue Landesregierung habe die Betreuungspauschale erst eingeführt. Es gehe nicht nur um die 203.300 Kinder im offenen Ganzttag. Eine große Zahl von Schülerinnen und Schülern sei in Betreuungseinrichtungen über Mittag. 13 plus und acht bis eins würden im ländlichen Bereich weiter zugelassen. Das sei in der Konzeption damals nicht mehr vorgesehen gewesen. In der ursprünglichen Konzeption seien acht bis eins und 13 plus nicht mehr vorgesehen gewesen.

Etwas Zweites sei fundamental geändert worden. 0,1-Lehrerstellen seien im Februar 2006 hinzugegeben worden. Sie seien nicht mehr kapitalisiert worden. Damit habe man die Verbindung zwischen Vor- und Nachmittag hinbekommen. Wenn man heute in offenen Ganzttagsschulen sei, werde es als ein ganz wichtiger Faktor angesehen, dass endlich der Nachmittag etwas mit dem Vormittag zu tun habe. Das seien zwei grundlegende Veränderungen, die man vorgenommen habe.

Oberregierungsrat Thomas Frein (Ministerium für Schule und Weiterbildung) legt dar, zwei Aspekte seien offen geblieben. Es sei beklagt worden, dass es unterschiedliche Angaben zu Klassengrößen gebe. Die Ursache liege in der Regel bei der Frage, welche Schulformen einbezogen seien. Man habe eine komplette Übersicht über alle Schulformen, öffentliche und private, gemacht. Die freien Waldorfschulen, die Berufskollegs seien enthalten. Manchmal seien im Fokus der Fragestellung nur die Primarstufe, die Grundschule, dann die Hauptschule, Realschule, Gesamtschule,

Gymnasien enthalten. Dadurch könnten Unterschiede entstehen. Es könnten auch Unterschiede dadurch entstehen, dass man einmal gezielt nach den öffentlichen Schulen frage und zum anderen nach dem gesamten System öffentlich und privat. Darauf seien die Unterschiede zurückzuführen. Es könne zu Verwirrungen führen, wenn unterschiedliche Zahlen kämen. Es werde aber immer deutlich gemacht, was in den Zahlen enthalten sei.

Zur Schülerzahlenentwicklung in der Hauptschule: Die Schülerzahlen in den Hauptschulen gingen zurück wie im gesamten Bereich der Sekundarstufe I. Hier werde oft auf die Übergangsquote als alleinige Ursache abgestellt, also die Frage, wie viele Schülerinnen und Schüler nach der Grundschule an eine Hauptschule gingen. Man könne sich anschauen, wie sich die Übergangsquote entwickelt habe. Von 2003 bis 2005 habe es einen Rückgang um 3 %-Punkte gegeben, von 19,1 auf 16,2, im Zeitraum von 2006 bis 2008 habe es einen Rückgang von 0,6 gegeben. Das sei nur ein geringer Rückgang.

Nicht die Übergangsquote alleine sei verantwortlich für die Schülerzahlenentwicklung. Man habe noch viele andere Einflüsse. Er verweise insbesondere auf die Schulformwechsler zwischen den Schulen. In den Jahren 2000 bis 2004 hätten im Durchschnitt jährlich um die 11.200 Schülerinnen und Schüler von der Realschule und dem Gymnasium zur Hauptschule gewechselt, also ungefähr 11.200. In den Jahren 2005 bis 2008 seien es im Durchschnitt lediglich 7.800 Schülerinnen und Schüler gewesen. 3.400 Schülerinnen und Schüler hätten die Hauptschulen weniger aus anderen Schulformen erhalten, was dazu führe, dass die Schülerzahl schneller sinke, als wenn es weiter den hohen Zufluss aus den anderen Schulformen gegeben hätte.

Umgekehrt sei es so, dass die Zahl der Übergänge von der Hauptschule zur Realschule oder Gymnasium in den Jahren 2000 bis 2004 im Durchschnitt bei 750 Schülerinnen und Schülern gelegen habe, 2005 bis 2008 seien es im Durchschnitt 875 Schülerinnen und Schüler gewesen. Gut 100 Schüler verließen jährlich die Hauptschule in Richtung anderer Schulformen, sodass man, wenn man das zusammenrechne, auf ungefähr 3.500 Schülerinnen und Schüler komme, die durch verändertes Schulformwechselverhalten weniger an der Hauptschule seien. Es gebe mehr Aufstiege aus der Hauptschule heraus in Realschulen und Gymnasien und weniger Wechsel in umgekehrter Richtung.

Sigrid Beer (GRÜNE) bittet um eine detaillierte Aufstellung, wie viele Schülerinnen und Schüler von der Hauptschule ins Gymnasium innerhalb der letzten drei Jahre gewechselt seien. In die Übergangsquote werde sicherlich mit einberechnet sein, dass es eine Zwangszuweisung durch den Prognoseunterricht und die verbindliche Grundschulempfehlung gebe. Das gehöre zur Bewertung mit hinzu.

Sie bedanke sich bei Herrn Knevels für die wortreichen Ausführungen. Da er alles im Detail darstellen könne, verwundere sie es doch, dass im Ministerium offensichtlich nicht beziffert werden könne, wie viele Lehrerstellen mehr für die kleine Systeme aufgebracht werden müssten. Das müsse doch auch in den Berechnungen enthalten sein, was die Umstellung von G 9 auf G 8 betreffe. Sie bitte um die Zahlen.

Die Ministerin habe gesagt, sie wolle das Ohr an der Basis halten. Man verabschiede sich von der Halbtagschule und müsse bedarfsgerecht ausbauen. Dem stimme sie zu. Für die Gesamtschulen gelte das offensichtlich nicht. Da habe die Ministerin weder das Ohr an der Basis noch werde bedarfsgerecht ausgebaut. Der Bedarf sei deutlich. Der Ganztagsunterricht werde den Schulen verweigert, die sich neu gründeten. Somit widerspreche die Ministerin ihren eigenen Äußerungen.

Wenn es um die Schüler-Lehrer-Relation gehe, habe man eine Verbesserung festzustellen, und zwar was die Sekundarstufe II angehe. Die Relation an der gymnasialen Oberstufe in den Gymnasien verändere sich von 14,29 auf 14,21. Das werde bei den Gesamtschulen nicht nachvollzogen. Das sei nicht nachzuvollziehen. In dem Zahlenwerk in der Anlage zum Berichterstattergespräch spiegele sich wider, wie hoch der Anteil von Migrantinnen an den Gesamtschulen sei, auch in den Oberstufen. Hier würden die Gymnasien wieder einseitig bevorzugt. Das halte sie für einen Skandal. Sie hätte gerne eine inhaltliche Begründung, warum hier einseitig die Schüler-Lehrer-Relation verbessert werde.

Was den Ausbau des gemeinsamen Unterrichts angehe, so weise sie darauf hin, dass das nicht einmal 0,5 Stellen pro Kreis bzw. kreisfreie Stadt sei. Wie man da das Angebot entsprechend bedarfsgerecht weiterentwickeln wolle, erschließe sich ihr nicht.

Sören Link (SPD) hält fest, man habe gerade eine Erklärung der Landesregierung gehört, warum die Schülerzahlen an den Hauptschulen gesunken seien. Möglicherweise gebe es noch eine andere Erklärung. In Duisburg habe es im letzten Schuljahr 80 Anmeldungen an die Hauptschulen gegeben. Die Leute wollten dort nicht mehr hingehen. Die Kinder würden nicht mehr angemeldet.

Im Schulausschuss sei schon einmal über die Situation der Schulleitungsstellen gesprochen worden. Der Staatssekretär habe zugesichert, dass er die Zahlen für Duisburg bekomme. Er habe die Zahlen bis heute nicht bekommen. Die Zahlen müssten schon lange auf dem Tisch liegen. Darüber werde ja die ganze Zeit geredet.

Herr Knevels habe gesagt, 753 Stellen seien derzeit nicht besetzt. In der Antwort auf seine kleine Anfrage „Lehrerversorgung in NRW weitgehend zufriedenstellend?“ - vgl. Drucksache 14/10043 - heiße es, dass im Einstellungsverfahren Stellen nicht besetzt worden seien.

In der Anlage zu der genannten Drucksache würden für Duisburg 22 Schulen benannt. Ihn interessiere, ob das bedeute, dass es in Duisburg 22 unbesetzte Stellen gebe oder dass es sich um 22 Schulen handle, an denen Stellen nicht hätten besetzt werden können. Ihn interessiere, ob es außer diesen genannten Schulen in Duisburg derzeit keine Schulen gebe, an denen Stellen nicht besetzt seien.

In der Vorlage 14/2865 – Bericht über das Ergebnis des Berichterstattergesprächs – gebe es die Anlage 3 und die Anlage 4. Aus Anlage 4 werde ersichtlich, dass im Jahre 2008 6.135 Einstellungen in den Schuldienst vorgenommen worden seien. Der Anlage 3 – Berufsaustritte in Lehrerstellen – könne man entnehmen, dass es im Jahre 2008 knapp 5.200 Berufsaustritte in Lehrerstellen gegeben habe. Er wüsste gerne,

wie viele Personen sich hinter den ausgeschiedenen Stellen verbergen würden. Da knapp 900 mehr Einstellungen vorgenommen worden seien, würde ihn interessieren, was im Jahre 2008 an zusätzlichen Aufgaben in den Schulen gelandet sei und wie sich die Differenz zwischen Einstellungen und Austritten erklären lasse.

Ute Schäfer (SPD) betont, sie habe nie in Zweifel gezogen, dass die Entwicklung im offenen Ganztag in der Grundschule mit der Aufstockung der Lehrerstellen gut sei. Ihr sei es darum gegangen, dass das Ministerium in den Pressemitteilungen den falschen Eindruck vermittle, dass sie 71.000 Plätze im Ganztag übernommen habe und selber bei 255.000 Plätzen gelandet sei – Pressemitteilung vom 16.10. Damit würden die Gesamtschulen überhaupt nicht erwähnt. Auch werde nicht erwähnt, dass man 140 Förderschulen, 147 Hauptschulen, 22 Realschulen, 28 Gymnasien und 218 Gesamtschulen im Ganztag übernommen habe. Das seien die 367.000 Plätze, die die Landesregierung im Jahre 2005 vorgefunden habe. Ihr gehe es um Wahrheit und Klarheit.

Sie könne auch nach den Ausführungen von Herrn Knevels die Differenz von 3.000 Stellen nicht nachvollziehen. Zwischen zwei Vorlagen der Landesregierung klaffe eine Differenz von 3.000 Stellen. Die eine Vorlage stamme aus dem letzten Jahr, die eine aus diesem Jahr. Herr Knevels habe gesagt, es sei noch nie so offensichtlich dargelegt worden, wie die Stellen verwendet worden seien. Diese Frage sei noch nicht geklärt. – **Sören Link (SPD)** bittet um schriftliche Beantwortung.

LMR Willi Knevels (MSW) gibt an, die Zahlen aus Duisburg bekomme Herr Link selbstverständlich. Die 753 nicht besetzten Stellen seien nicht besetzte Stellen nach Ergebnis des Ausschreibungsverfahrens. Er gehe davon aus, dass Schulen ihre Stellen ausschreiben würden. Er könne nicht ausschließen, dass es bei diesen 753 Stellen, die sich auf 593 Schulen bezögen – es seien Schulen dabei, an denen mehrere Stellen nicht besetzt seien – irgendwo in Nordrhein-Westfalen eine Stelle gebe, die nicht ausgeschrieben worden sei, weil der Schulleiter sage, er warte auf den ersten Zweiten, einen Referendar habe er schon an der Schule. Es werde solche Einzelfälle geben.

Er habe am Morgen in SchIPS geschaut. Da stehe eine Zahl von 349 nicht besetzten Stellen. Wer die Kollegen in der unteren Schulaufsicht kenne, wisse, dass SchIPS akzeptiert sei. Es sei ein geniales Werkzeug. Das sei ein Quantensprung. Er bitte zu akzeptieren, dass diese Zahlen eine absolute Punktlandung seien. Bei der Personalausgabenbudgetierung im Jahre 2004 habe man gesagt, man habe im Schnitt 440 Stellen im Schulbereich nicht besetzt. Diese Zahl sei reduziert worden, weil man ein möglichst hohes Budget haben wolle. In der Vergangenheit hätten die Zahlen deutlich höher gelegen.

Wenn die Zahl in SchIPS ein Näherungswert sein sollte, sei das mehr als eine Punktlandung. Er könne nicht ausschließen, dass im Land Nordrhein-Westfalen irgendein Schulleiter gesagt habe, er schreibe die Stelle nicht aus. Nach SchIPS seien rund 350 Stellen nicht besetzt – bei allen Vorbehalten, weil die Kollegen in der Schulaufsicht durch die Maßnahmen Einstellungen, befristete Verträge, Teilzeitbeurlaubung

nicht immer in der Lage seien, alles zeitnah in SchIPS einzupflegen. Es sei auch nicht unkompliziert, das System zu betreuen.

Was die Berufsaustritte und Einstellungen angehe, so könne er aus dem Kopf nicht sagen, um wie viel Menschen es sich bei den Berufsaustritten handele. Bei der Zahl der Lehrereinstellungen werde die Kopfzahl genannt. Derjenige, der eingestellt werde, könne natürlich mit Teilzeit anfangen. Die Ressource, die in Anspruch genommen werde, könne er nicht nennen. Im Ergebnis werde gefragt, wie viele Stellen frei seien. Er verweise auf die aktuelle SchIPS-Information.

Vorsitzender Wolfgang Große Brömer bittet, die Frage von Herrn Link schriftlich zu beantworten.

gez. Wolfgang Große Brömer
Vorsitzender

hoe/18.11.2009/25.11.2009

159